

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education / Reprints

Wirtschaftsaffine Schule oder Schule der Demokratie?

Schritte zur Stärkung
der politischen Bildung
in der Sekundarstufe I in
Nordrhein-Westfalen

Reinhold Hedtke

Februar 2020

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education
Policy Papers
ISSN 2364-7701

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke
Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Working Papers Didaktik der Sozialwissenschaften stellen vorläufige Forschungsergebnisse oder Resultate aus laufenden Forschungsprojekten vor und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Sie haben eine interne und externe Kommentierung und Begutachtung durchlaufen.

Social Science Education Working Papers are reporting on preliminary research results or results from current projects and are intended to provide a forum for debate and discussion. They have been subjected to internal and external comment and peer review.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<http://www.uni-bielefeld.de/soz/forschung/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de
bettina.zustrassen[at]uni-bielefeld.de
Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985

Bielefeld 2020

© Copyright by the author(s)

Kurzfassung: **Übersicht über die Maßnahmen zur Stärkung der politischen Bildung in NRW**

Bezogen auf die obligatorische Lernzeit und den Wahlpflichtbereich wird die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen gegenüber der ökonomischen Bildung durch die Landesregierung in mehrfacher Hinsicht erheblich benachteiligt. Diese Schieflage verschärft sich durch die Einführung des Schulfachs Wirtschaft und die Ausweitung wirtschaftlicher Inhalte in den gesellschaftswissenschaftlichen Unterrichtsfächern.

Die Privilegierung ökonomischer Bildung in nordrhein-westfälischen Schulen ist wissenschaftlich belegt und wird auch in Öffentlichkeit und Landespolitik breit diskutiert.¹

Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen politischem und wirtschaftlichem Lernen an allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen wiederherzustellen, werden die folgenden bildungspolitischen Maßnahmen vorgeschlagen. Sie lassen sich relativ kurzfristig und mit einem überschaubaren Aufwand realisieren.

- Eine Stärkung der politischen Bildung ist aus wissenschaftlicher Sicht dringend erforderlich (Kap. 1, 4, 8).
- Für die „Querschnittsaufgabe politische Bildung“ ist ein obligatorisches Modul im Lehramtsstudium aller Schulformen und Fächer ab dem Studienjahr 2021/22 einzuführen (Kap. 2).
- Der Anteil des fachfremden, d. h. ohne Lehrbefähigung erteilten Unterrichts in Politik ist bis zum Schuljahr 2021/22 zu halbieren (Kap. 3).
- Ein systematisches wissenschaftliches Fortbildungsprogramm für die Lehrkräfte der sozialwissenschaftlichen Fächer ist notwendig (Kap. 3).
- Politische Bildung an außerschulischen Lernorten soll verbindlich eingeführt werden und in der ersten Stufe ab dem Schuljahr 2021/22 mindestens die Hälfte der entsprechenden Lernzeit für die ökonomische Bildung umfassen (Kap. 5).
- Im Wahlpflichtbereich aller Schulformen ist ein Wahlpflichtfach Politik ab dem Schuljahr 2021/22 anzubieten (Kap. 6).
- Für die gymnasiale Oberstufe wird ein Fach Sozialwissenschaften/Politik ab dem Schuljahr 2021/22 eingeführt (Kap. 7).
- Die Landesregierung muss für die fortlaufende Bereitstellung qualitativ hochwertiger Unterrichtsmaterialien für die sozialwissenschaftlichen Fächer sorgen (Kap. 7).

¹ Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold 2017: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Bielefeld: Universität Bielefeld. Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold 2018: Ranking Politische Bildung 2017. Politische Bildung an allgemeinbildenden Schulen der Sekundarstufe I. Bielefeld: Universität Bielefeld. Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold 2018: Wirtschaft gut, Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen. Bielefeld: Universität Bielefeld.

Reinhold Hedtke

Wirtschaftsaffine Schule oder Schule der Demokratie?

Schritte zur Stärkung der politischen Bildung
in der Sekundarstufe I in NRW

Inhalt

1	Die Bedeutung der schulischen politischen Bildung für die Demokratie	3
2	Lehrkräftequalifikation für die politische Bildung als Querschnittsaufgabe aller Fächer	5
3	Abbau des fachfremden Unterrichts und Lehrerfortbildungsprogramm für die sozialwissenschaftlichen Schulfächer	6
4	Stärkung der sozialwissenschaftlichen Fächer und politischer Themen in der Schule	9
5	Nutzung außerschulischer Lernorte der politischen Bildung	10
6	Politische Bildung im Wahlpflichtbereich	12
7	Angebot fachlicher Unterrichtsmaterialien und eines Materialpools	14
8	Daten zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen	14
	Erweiterung der Befunde für Hauptschule und Sekundarschule	15
	Situation politischer Bildung an beruflichen Schulen	16
	Literatur und Quellen	17

1. Die Bedeutung der schulischen politischen Bildung für die Demokratie²

Eine Demokratie ist auf das politische Interesse und Wissen, auf die Werte und Einstellungen sowie die politische Partizipation möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger angewiesen, sie lebt von der möglichst umfassenden politischen Inklusion³. Empirische Analysen zeigen, dass die entscheidenden Weichenstellungen für politisches Interesse und für politische Partizipationsbereitschaft in der Jugendphase stattfinden, während sich daran bei jungen und älteren Erwachsenen nur noch wenig ändert. Die politische Bildung in der Schule ist deshalb von herausragender Bedeutung für die Zukunft der Demokratie in Deutschland und im Land Nordrhein-Westfalen. Das verlangt einen parteiübergreifenden Konsens zur Stärkung der politischen Bildung und der Demokratie in unserem Land und in Europa.

Wissenschaftlich belegt ist der Befund, dass die politische Beteiligung in Deutschland ungleich verteilt ist und dass die soziale Herkunft nachhaltig das Interesse für und die Partizipation in Politik und Zivilgesellschaft bestimmt.⁴ Die Familie ist ein relevanter Ort, die Jugend die wichtigste Phase der politischen Sozialisation und die Bildung ein entscheidender Faktor für Interesse und Partizipation.⁵ Schon in der frühen Kindheit entwickeln sich erste politische Orientierungen und die Jugend gilt als ein Kristallisationspunkt für die Entwicklung einer politischen Identität.⁶ In Kindheit und Jugend erworbene politische Orientierungen bleiben im weiteren Lebensverlauf relativ stabil.⁷

Die Schule in der Demokratie muss deshalb eine Schule der Demokratie sein, in der Schülerinnen und Schüler als politische Subjekte demokratische Bürgerschaft in demokratischen Institutionen lernen, erfahren und praktizieren können.⁸ Politische Bildung und Demokratiebildung in der Schule sowie Demokratisierung der Schule sind zwei Seiten einer Medaille. Ein demokratisches Schulklima fördert auch die Bereitschaft zu Formen konventioneller politischer Partizipation, vor allem bei Wahlen.⁹

Eine Demokratie, die auf der politischen Gleichheit ihrer Bürgerinnen und Bürger basiert, muss auch dafür sorgen, dass die politische Kompetenz und damit die demokratischen Teilhabechancen der jun-

² Es handelt sich bei diesem Policy Paper um die überarbeitete Version einer schriftlichen Stellungnahme zur Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung und des Hauptausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 13. März 2019 „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“ in Düsseldorf.

³ Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander 2012: Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 93–120, hier S. 93-96. Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht zum Forschungsprojekt. Osnabrück: Universität Osnabrück.

⁴ Kroh, Martin; Könnecke, Christian 2013. Arm, arbeitslos und politisch inaktiv? In: DIW Wochenbericht 80 (42), 3-15, hier S. 14.

⁵ Kroh, Martin 2019. Unequal Political Voice and Family Background. Berlin/Bielefeld. Erscheint in: British Journal of Sociology.

⁶ Rippl, Susanne; Seipel, Christian; Kindervater, Angela 2015: Politische Sozialisation. In: Sonja Zmerli und Ofer Feldman (Hg.): Politische Psychologie. Handbuch für Studium und Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 69–84, hier S. 69.

⁷ Jennings, M. Kent/Stoker, Laura/Bowers, Jake 2009: Politics across Generations. Family Transmission Reexamined. In: The Journal of Politics, 71. Jg. 2009, H. 3, S. 782–799, hier S. 792-979.

⁸ Solhaug, Trond 2018: Democratic Schools – Analytical Perspectives. In: Journal of Social Science Education, Jg. 17 2018, H. 1, S. 1-12.

⁹ Sampermans, Marien; Isac, Maria Magdalena; Claes, Ellen 2018: Can Schools Engage Students? Multiple Perspectives, Multidimensional School Climate Research in England and Ireland. In: Journal of Social Science Education, Jg. 17 2018, H. 1, S. 13-28.

gen Bürgerinnen und Bürger nicht vom Zufall der Geburt abhängen. Die schulische politische Bildung ist hier das Mittel der ersten Wahl, da sie alle jungen Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen erreicht.

Nordrhein-Westfalen aber gelingt es kaum, den Grundsatz politischer Gleichheit zu garantieren. Das Land scheitert vielmehr bereits daran, die ungleichen familiären Startbedingungen bei der politischen Bildung durch die Schule auszugleichen.¹⁰ In einem Vergleich 14 europäischer Länder liegt NRW hier auf dem vorletzten Platz, bei der Partizipationsbereitschaft der Jugendlichen sogar auf dem letzten.¹¹ Besonders niedrig ist die Bereitschaft zur politischen Partizipation bei Minderjährigen mit Migrationshintergrund, in einer Gruppe von 24 Ländern schneidet nur Belgien noch schlechter ab als NRW.¹²

Wer vor dem Hintergrund dieser Befunde „Motor der Integrationspolitik“ werden, „umfassende Teilhabe [...] am gesellschaftlichen Leben ermöglichen“ und die „Vermittlung unserer Grundwerte“ sowie „demokratische Bildung für alle“ gewährleisten will,¹³ der muss umfassend, systematisch und nachhaltig in die politische Bildung an Schulen und an außerschulischen Lernorten investieren.

- Eine „Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule“, die im Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert wird, ist deshalb aus wissenschaftlicher Sicht grundsätzlich gut begründet.

Der Koalitionsvertrag von CDU und FDP spricht sich zu Recht für eine „evidenzbasierte Pädagogik“ aus, die Koalitionäre wollen sogar eine Clearingstelle dafür einrichten.¹⁴ Evidenzbasierung verlangt verlässliche Daten und Befunde. Das gilt auch für eine evidenzorientierte Bildungspolitik. Unsere Studien belegen (vgl. Abschnitte 5, 6, 8):

- Die geltenden verbindlichen Vorgaben für die Schulen der Sekundarstufe I in NRW stellen für ökonomische Themen wesentlich mehr Lernzeit zur Verfügung als für politische Themen.¹⁵

Angesichts des Verfassungsrangs von politischer Bildung, den die NRW-Landesverfassung sogar mit einem eigenen Artikel hervorhebt, ist das ein erstaunlicher und befremdlicher Befund: „In allen Schulen ist Staatsbürgerkunde Lehrgegenstand und staatsbürgerliche Erziehung verpflichtende Aufgabe.“ (Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen, Art. 11). Durch die von der Landesregierung beschlossene „Degradierung“¹⁶ zum Fach Wirtschaft-Politik und den exzessiven Ausbau ökonomischer Bildung entfernt sich die curriculare und schulische Realität der politischen Bildung deutlich vom Auftrag der Landesverfassung.

¹⁰ Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hg.) 2017: Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann, S. 108.

¹¹ Ebd., S. 228.

¹² Ebd.

¹³ CDU, FDP 2017: Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022. NRWkoalition. Düsseldorf, S. 104f., 107.

¹⁴ Ebd., S. 9.

¹⁵ Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold 2017: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers, 6). Bielefeld: Universität Bielefeld. Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold 2018: Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers, 8). Bielefeld: Universität Bielefeld.

¹⁶ Detjen, Joachim 2015: Bildungsaufgabe und Schulfach. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier Politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193595/bildungsaufgabe-und-schulfach?p=all> (Zugriff: 15. Januar 2020).

Im Gegensatz zu ihrer praktizierten Politik versprochen beide Regierungsparteien in ihren Wahlprogrammen noch die Stärkung der politischen Bildung¹⁷ bzw. die „Ausweitung des bisherigen Fachs Sozialwissenschaften zu einem neuen Fach ‚Politik, Wirtschaft, Recht‘“¹⁸.

Die hier vorgelegte Stellungnahme schlägt bildungspolitische Maßnahmen vor, die aus wissenschaftlicher Sicht als besonders geeignet erscheinen, die politische Bildung mit dem Ziel der Demokratiekompetenz zu stärken und für ein ausgewogeneres Verhältnis von politischem und ökonomischem Lernen an den Schulen sorgen.

2. Lehrkräftequalifikation für die politische Bildung als Querschnittsaufgabe aller Fächer

Aus wissenschaftlicher Sicht ist es richtig, die politische Bildung neben dem Fachunterricht auch als eine „zentrale Querschnittsaufgabe“ und „als Unterrichtsprinzip für alle Fächer relevant“ zu betrachten. Mit der Betonung der Querschnittsaufgabe kann man aber die gravierenden Defizite in der fachlich-unterrichtlichen und außerunterrichtlichen politischen Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen weder beheben noch kompensieren (vgl. Kap. 3 und 8).

Wenn das Ziel der politischen Bildung als Querschnittsaufgabe mehr als nur ein Ausdruck des Wünschenswerten sein soll, muss es durch verbindliche Vorgaben des Gesetzgebers konkretisiert, umgesetzt und evaluiert werden. Vordringlich ist eine systematische und obligatorische Qualifikation ausnahmslos aller Lehrkräfte für die politische Bildung als Unterrichtsprinzip.

Das betrifft die erste und zweite Phase der Lehrerausbildung ebenso wie die Lehrkräftefort- und Weiterbildung.

In der ersten Ausbildungsphase muss die politische Bildung als Querschnittsaufgabe institutionalisiert werden. Für die Querschnittsaufgabe der ökonomischen Bildung ist dies mit der Lehramtszugangsverordnung der rot-grünen Landesregierung von 2016 bereits vollzogen. Nun müssen auch aus dem Ziel „Querschnittsaufgabe politische Bildung“ konkrete Konsequenzen für die Lehrerausbildung gezogen werden. Denn eine „demokratische Bildung für alle“¹⁹ verlangt eine fachlich fundierte Ausbildung in Demokratie für *alle* Lehrkräfte:

- Zur Qualifikation für die Querschnittsaufgabe politische Bildung muss ein obligatorisches Studienmodul „Politische Bildung – demokratische Schule“ im Umfang von mindestens 6 Leistungspunkten eingeführt werden, das die Lehrkräfte aller Fächer und Schulformen studieren und mit einer Prüfung abschließen. Dieses Modul, das auch eine Lehrveranstaltung zur Didaktik der politisch-demokratischen Bildung enthalten muss, ist an allen lehramtsausbildenden Universitäten mit Beginn des Studienjahres 2021/22 einzuführen.

Die Ausbildung für diese Querschnittsaufgabe darf nicht zu Lasten der Fachlichkeit gehen, die im Koalitionsvertrag zu Recht hervorgehoben wird.²⁰ Deshalb ist dieses Pflichtmodul im Bereich Bildungswissenschaften zu verorten, es muss aber von fachlich einschlägig qualifizierten Hochschullehrenden

¹⁷ CDU 2017: Zuhören. Entscheiden. Handeln. Regierungsprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen 2017-2022. Düsseldorf, S. 54.

¹⁸ FDP 2017: Landtagswahl-Programm 2017. Es geht um unser Land. O. O. [Düsseldorf], S. 11.

¹⁹ CDU, FDP 2017: Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022. NRWKoalition. Düsseldorf, S. 107.

²⁰ Ebd., S. 9.

verantwortet werden. Das sind an nordrhein-westfälischen Universitäten in aller Regel die Fachvertreter/innen der Didaktik der Sozialwissenschaften.

Als konkretes Vorbild kann das Studienmodul für „Deutsch als Zweitsprache“ dienen, das in NRW im Jahre 2009 von der CDU-FDP-Regierung mit einem Umfang von 6 Leistungspunkten eingeführt wurde und seitdem für ausnahmslos alle Lehramtsstudierende verbindlich ist. Bisher gibt es für keines der Lehramter in NRW obligatorische Studienmodule für die politische Bildung.

Für die ökonomische Bildung dagegen existieren bereits umfangreiche Pflichtelemente im Lehramtsstudium. Der Studienbereich „Bildungswissenschaften/Entwicklung und Sozialisation im Jugendalter“ des Lehramts an Haupt-, Real-, Sekundar- und Gesamtschulen hat fünf Themenbereiche mit einem Umfang von insgesamt 81 Leistungspunkten.

Ein Themenbereich, den sämtliche Lehrkräfte im „Lehramtsbezogenen Profillbereich“ studieren müssen, ist ganz überwiegend auf ökonomisches Lernen ausgerichtet.²¹ Geht man rechnerisch von einer Gleichverteilung der Leistungspunkte aus, dann umfasst die Qualifizierung für die ökonomische Bildung als Querschnittsaufgabe rund 16 Leistungspunkte.

Um die politische Bildung in der ersten Phase der Lehrerausbildung auf Augenhöhe mit der ökonomischen zu bringen, sollte sich NRW am Land Hessen orientieren. Es garantiert die gesellschaftswissenschaftliche Qualifikation aller Lehrkräfte für den hessischen Schuldienst. Die beiden obligatorischen Grundmodule Politikwissenschaft und Soziologie umfassen beispielsweise jeweils 9 Leistungspunkte. In der Ersten Staatsprüfung werden für sämtliche Lehramter und Unterrichtsfächer auch diese beiden Module geprüft.²² Alle Lehrkräfte verlassen also die hessischen Universitäten mit einem Grundstock an sozialwissenschaftlichem Wissen, der die Wahrnehmung von politisch-demokratischer Bildung als Querschnittsaufgabe zumindest erleichtert.

3. Abbau des fachfremden Unterrichts und Lehrerfortbildungsprogramm für die sozialwissenschaftlichen Schulfächer

Der einzigartig hohe Anteil fachfremden, d. h. ohne einschlägige Lehrbefähigung erteilten Unterrichts in Politik ist inakzeptabel: an Haupt-, Real- und Gesamtschulen sowie am Gymnasium hat Politik den mit großem Abstand schlechtesten Wert unter allen Fächern. Die Daten für die letzten zehn Jahre belegen zweifelsfrei, dass hier sowohl schwarz-gelbe als auch rot-grüne Landesregierungen versagt haben (vgl. Abb. 1).

Zum Problem des fachfremden Unterrichts in der politischen Bildung enthält der Koalitionsvertrag für die Legislaturperiode 2017-2022 zwar keine explizite und konkrete Festlegung, aber er fordert eine „Stärkung der Fachlichkeit“.²³ Das kann man für diejenigen Schulformen, an denen das fachliche Lernen hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt, durchaus mit der jüngeren Curriculumforschung begrün-

²¹ Explizit genannt wird „etwa Arbeitslehre und Berufswahl/Berufsorientierung, wirtschaftliches Handeln in Unternehmen und im Privathaushalt, Sozialpädagogik“ (MSB 2019, S. 1).

²² Hessische Lehrkräfteakademie 2019: Lehrerausbildung, Erste Staatsprüfung. Online verfügbar unter <https://lehrkraefteakademie.hessen.de/lehrausbildung/erste-staatspruefung> (Zugriff 15. Januar 2020).

²³ CDU, FDP 2017, a. a. O., S. 9.

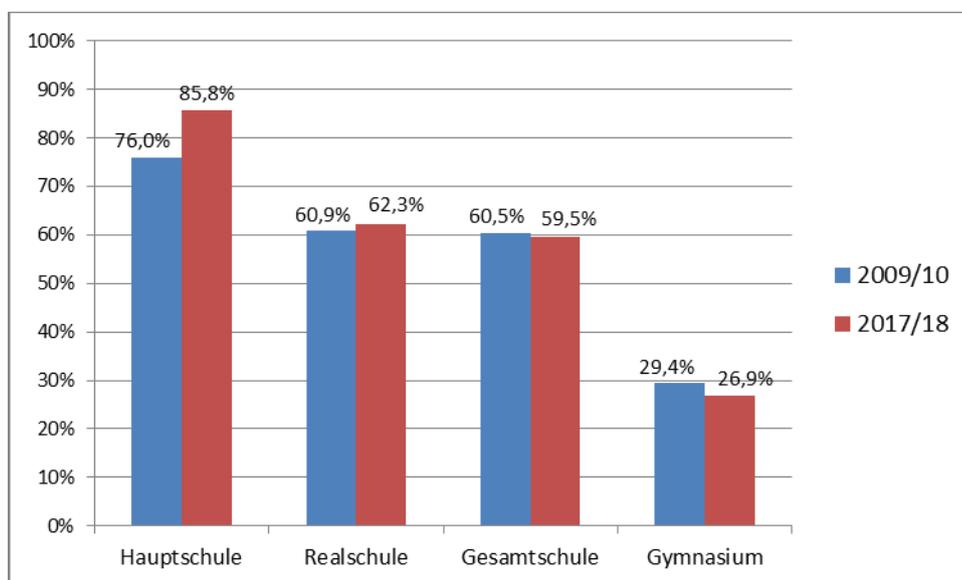
den.²⁴ Fachlichkeit kann man aber nur stärken, wenn man Fachlehrkräfte für den Fachunterricht einsetzt.

Angesichts des Ziels, die Fachlichkeit in der politischen Bildung zu stärken, und angesichts der Bedeutung der politischen Bildung für die Kinder und Jugendlichen, für die fortlaufende Erneuerung der Demokratie und für einen faktenbasierten öffentlichen Diskurs, braucht man klare bildungspolitische Ziele und Maßnahmen:

- Hier muss die Landesregierung entschlossen handeln und eine Halbierung des fachfremden Unterrichts bis zum Schuljahresbeginn 2021/22 umsetzen. Nach zwei weiteren Schuljahren darf der Anteil des fachfremden Politikunterrichts an keiner Schulform größer sein als der Durchschnitt aller Schulfächer.
- Das einzigartige und unverändert hohe Niveau des fachfremden Unterrichts in Politik während der letzten zehn Jahre belegt, dass ein schulscharfes Monitoring der Umsetzung dieser Ziele eine zwingende Erfolgsbedingung ist. Er erscheint naheliegend, diese Aufgabe den Bezirksregierungen zu übertragen.
- Aus dem Ziel einer Qualitätssicherung für die politische Bildung in den Schulen und einer Stärkung ihrer Fachlichkeit resultiert die Notwendigkeit, ein flächendeckendes, systematisch angelegtes fachspezifisches Fortbildungsprogramm für die sozialwissenschaftliche Domäne aufzulegen. Angesichts der raschen Weiterentwicklung des Forschungsstands der Sozialwissenschaften muss dies unter maßgeblicher Beteiligung der lehrerausbildenden Universitäten geplant und durchgeführt werden.

Abb. 1:

Fachfremd erteilter Unterricht in Politik in den Schuljahren 2009/10 und 2017/18



Quelle: Amtliche Schuldaten, MSW 2010, S. 83. MSB 2018a, S. 128-130.

²⁴ Z. B. Young, Michael 2008: From Constructivism to Realism in the Sociology of the Curriculum. In: Review of Research in Education, Jg. 32 2008, H.1, S. 1–28. Young, Michael; Muller, Johan 2013: On the powers of powerful knowledge. In: Review of Education, Jg. 1 2013, H. 3, S. 229–250.

Parteilpolitische Schuldzuweisungen führen auch hier nicht weiter. Gefragt ist vielmehr die gemeinsame Wahrnehmung der staatlichen Verantwortung für die Qualität der demokratischen Bildung der nachwachsenden Generation von Bürgerinnen und Bürgern in den allgemein bildenden und in den beruflichen Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen.

4. Stärkung der sozialwissenschaftlichen Fächer und politischer Themen in der Schule

Aus fachdidaktikwissenschaftlicher Sicht kommt es darauf an, Kindern und Jugendlichen einen sozialwissenschaftlichen Weltzugang zu erschließen und ihnen dafür das Wissen und Können anzubieten, mit dem sie Gesellschaft, Politik und Wirtschaft verstehen, analysieren, beurteilen und gestalten können; das schließt Recht als ein wesentliches Gestaltungsmittel ein.²⁵ Die Lernenden sollen sich zu sozialwissenschaftlich gebildeten Persönlichkeiten entwickeln, die in den sozialen, politischen und ökonomischen Welten kompetent agieren können.²⁶

Kinder und Jugendliche sowie Eltern und Öffentlichkeit haben ein sicheres Gespür dafür, was die Schulen als wichtig und relevant betrachten und was sie als nebensächlich und nachrangig behandeln. Die Wertigkeit politischer Bildung manifestiert sich für alle sichtbar in Form von Stundentafeln, Pflichtfächern und Wahlpflichtfächern, Kernlehrplänen, obligatorischen Veranstaltungen außerhalb von Unterricht und Schule und nicht zuletzt auch im Fachlehrereinsatz im Unterricht.

Durch die Verfassung, die Verantwortung für die Bewahrung und Weiterentwicklung der Demokratie und durch die eigenen politischen Zielsetzungen, die der Koalitionsvertrag festschreibt, ist die Landesregierung verpflichtet, die politische Bildung an Schulen zu stärken. Dieser Pflicht wird sie derzeit nicht hinreichend gerecht, denn sie baut die ökonomische Bildung weiter massiv und einseitig aus und verzichtet gänzlich auf eine Stärkung der politischen Bildung in den Schulen des Landes.

Mit dieser Politik verringert sie den Stellenwert und die Sichtbarkeit der Demokratie in Unterricht und Schulalltag sowie in der Öffentlichkeit und im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger. Schule und Unterricht entfernen sich noch weiter von einem ausgewogenen Verhältnis von politischem und wirtschaftlichem Lernen als bisher. Angesichts der vielfältigen und drängenden Herausforderungen der Demokratie ist ein bildungspolitischer Strategiewechsel zur Stärkung der sozialwissenschaftlichen Fächer insgesamt und insbesondere der politischen Bildung dringend erforderlich.

²⁵ Vgl. z. B. Goll, Thomas 2017: Rechtliches Lernen. In: Lange, Dirk; Reinhardt, Volker (Hg.): Basiswissen politische Bildung Bd. 1: Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder politischer Bildung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren 2017, S. 587-596. Sander, Wolfgang 2010: Soziale Studien 2.0? Politische Bildung im Fächerverbund. In: Juchler, Ingo (Hg.): Kompetenzen in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 29-45.

²⁶ Hedtke, Reinhold 2018: Das Sozioökonomische Curriculum. Frankfurt am Main: Wochenschau, S. 262-280.

5. Nutzung außerschulischer Lernorte der politischen Bildung

Die geltende Erlasslage in NRW sieht obligatorisches außerunterrichtliches und außerschulisches Lernen für die ökonomische Bildung vor und integriert die vier Pflichtmaßnahmen in die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA)“ (§ 43 (1) Schulgesetz NRW).²⁷ Rechnet man die Pflichtveranstaltungen zurückhaltend in Unterrichtsstunden um, ergibt sich für das Gymnasium ein Unterrichtsstundenäquivalent von rund 115 Stunden, das für Gesamtschule, Realschule und Sekundarschule rund 113 Stunden umfasst.²⁸

Für die politische Bildung gibt es noch keine Pflichtelemente für das Lernen in außerunterrichtlichen oder außerschulischen Formen. Diese Lernelemente sind vielmehr bisher ein Alleinstellungsmerkmal der ökonomischen Bildung (vgl. Abb. 2). Dieses Ungleichgewicht bei der Verteilung der obligatorischen Lernzeit ist wissenschaftlich nicht begründet. Darüber hinaus signalisiert es den am Schulleben Beteiligten und der Öffentlichkeit eine bildungspolitische Geringschätzung der politischen Bildung und der Demokratiebildung beim außerunterrichtlichen und außerschulischen Lernen von Schülerinnen und Schülern.

Gerade solche Lernformen außerhalb von Unterricht und Schule erreichen die Schülerinnen und Schüler oft besser als der Unterricht allein.²⁹ Non-formales Lernen erweist sich meist als besonders erfahrungsbildend und nachhaltig wirksam für die Sozialisation, für die Bildung der politischen Identität und die Ausbildung einer demokratischen Grundhaltung.³⁰ Dieses Bildungspotenzial wird für die politische Bildung in den nordrhein-westfälischen Schulen bisher nicht systematisch genutzt.

Die Bildung von demokratischen Haltungen, Bereitschaften und Praktiken in den einzelnen Familien lässt sich politisch kaum steuern. Einfluss hat die Politik dagegen auf die Schulen und auf von ihnen initiierte außerschulische politische Bildung. Gerade mehrtägige politische Bildungsprojekte an außerschulischen Lernorten können demokratische Erfahrungen und Werte fördern und so einen nachhaltigen Gegenakzent zu denjenigen Familien setzen, in denen eine Erziehung zur Demokratie nicht oder nur unzureichend stattfindet.³¹

²⁷ Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) 2012: Neues Übergangssystem Schule – Beruf in NRW. Zusammenstellung der Instrumente und Angebote. Online verfügbar unter http://www.berufsorientierung-nrw.de/cms/upload/Gesamtkonzept_und_Zusammenstellung_der_Instrumente_und_Angebote_im_NS_112012.pdf (Zugriff: 4. März 2019). Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2013: Berufs- und Studienorientierung RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 21. 10. 2010 (ABl. NRW. S. 576). Bereinigt. Eingearbeitet: RdErl. v. 30. 4. 2012 (ABl. NRW. S. 326) BASS 12 – 21 Nr. 1. Online verfügbar unter: http://www.berufsorientierung-nrw.de/cms/upload/pdf/RdErl_BO_April2013.pdf (Zugriff: 4. März 2019). Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold 2018: Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers, 8). Bielefeld: Universität Bielefeld, S. 4f.

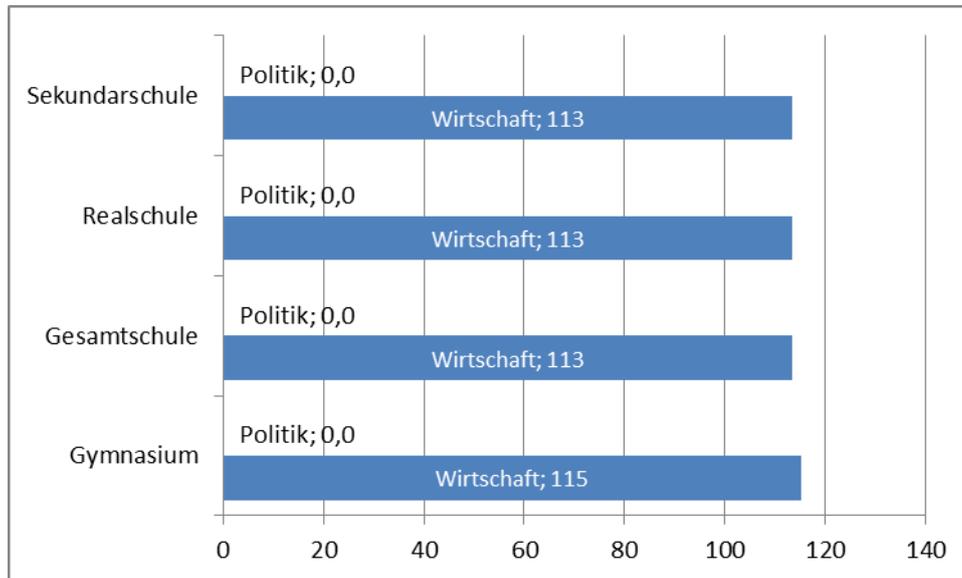
²⁸ Gökbudak/Hedtke 2018, a. a. O., S. 7.

²⁹ Vgl. Goll, Thomas 2018: Gemeinsam stärker? Über schulische Rahmenbedingungen, empirische Befunde und Chancen von Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. In: Transferstelle politische Bildung (Hg.): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Jahresthema 2017 der Transferstelle politische Bildung. Essen 2018, S. 47-51.

³⁰ Vgl. z. B. Balzter, Nadine; Ristau, Yan; Schröder, Achim 2014: Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. Budde, Jürgen; Hummrich, Merle 2016: Die Bedeutung außerschulischer Lernorte im Kontext der Schule – eine erziehungswissenschaftliche Perspektive. In: Jan Erhorn und Jürgen Schwier (Hg.): Pädagogik außerschulischer Lernorte. Eine interdisziplinäre Annäherung. Bielefeld: transcript, S. 29–52. Thalhammer, Veronika; Schmidt-Hertha, Bernhard 2018: Bildungsforschung zum informellen Lernen. In: Rudolf Tippelt und Bernhard Schmidt-Hertha (Hg.): Handbuch Bildungsforschung. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 947–966.

³¹ Vgl. Jennings et al. 2009, S. 794f.

Abb. 2:
Obligatorische außerunterrichtliche und außerschulische Veranstaltungen in Wirtschaft und Politik
(in Unterrichtsstundenäquivalenten)



Eig. Berechnung auf der Basis von: APO SI NRW 2017, § 4 Abs.2; MSW 2013, Nr. 1 und 6.1.

Wer die „demokratische Bildung für alle zum Ziel hat“ und dies wirksam umsetzen will, der muss auch außerschulische Lernorte systematisch dafür nutzen. Sinnvolle Maßnahmen dafür sind:

- Die Landesregierung soll bis zum Beginn des Schuljahres 2021/22 verbindliche Vorgaben für eine obligatorische politische Bildung an außerschulischen Lernorten erlassen. Ab diesem Zeitpunkt muss der Umfang dieser Lernformen an allen Schulformen mindestens die Hälfte der Lernzeit der Angebote zur ökonomischen Bildung³² erreichen.

In fünf Jahren, also ab dem Schuljahr 2023/24, soll eine Parität bei der außerunterrichtlichen und außerschulischen Lernzeit für politische und ökonomische Bildung erreicht sein.

Diese Maßnahme entspricht auch dem Koalitionsvertrag, der für die Schulen in NRW „mehr Öffnung nach außen“ und „mehr Gestaltungsfreiheiten“ verspricht und „junge Menschen in Nordrhein-Westfalen ermutigen [will], sich in die Gesellschaft einzubringen“.³³ Konsequenterweise muss den Schulen für die Ausgestaltung außerschulischer politischer Bildung hinsichtlich Form, Ort und Inhalten ein großer Gestaltungsspielraum garantiert werden. Aus wissenschaftlicher Sicht sollte dabei im Sinne einer nachhaltigen Förderung der demokratischen Partizipationsbereitschaft von Jugendlichen auch die Mitbestimmung der Lernenden sichergestellt sein.³⁴

³² Diese Angebote bestehen derzeit aus Betriebspraktikum, Berufsfelderkundung, Potenzialanalyse und Berufsorientierung bei der Bundesagentur für Arbeit, siehe MSW 2013.

³³ CDU, FDP 2017, a. a. O., S. 7, 98.

³⁴ Vgl. z. B. Biesta, Gert 2011: The Ignorant Citizen. Mouffe, Rancière, and the Subject of Democratic Education. In: Studies in Philosophy and Education, 30. Jg. 2011, H. 2, S. 141-153.

6. Politische Bildung im Wahlpflichtbereich

„Unsere Schulen benötigen mehr Gestaltungsfreiheit, um ihre Kreativität voll entfalten und neue Wege beschreiten zu können. Deshalb werden wir den Schulen mit einem Schulfreiheitsgesetz mehr Freiheit und Eigenverantwortung ermöglichen.“³⁵

Das Ziel der Gestaltungsfreiheit der Schulen, das der Koalitionsvertrags so nachdrücklich betont, wird bei der Umgestaltung der Stundentafel zugunsten des ökonomischen Lernens mit Nachdruck missachtet.

Denn durch die Vorgaben zur sozialwissenschaftlichen Domäne werden die Gestaltungsfreiheit der Schulen und die Wahlfreiheit der Lernenden drastisch beschnitten. Das Ministerium gewährt einerseits sehr großzügig Möglichkeiten, das ökonomische Lernen im Wahlpflichtbereich zu vertiefen (vgl. Abb. 3). Es verhindert andererseits systematisch die Vertiefung der politischen und der gesellschaftlichen Bildung.

Abb. 3:
Ökonomische und politische Bildung im Wahlpflichtbereich

<i>Sekundarstufe I</i>	<i>Wahlpflichtfach</i>	
	<i>Wirtschaft</i>	<i>Politik</i>
Realschule	ja	nein ³⁶
Gesamtschule/Sekundarschule	ja	nein
Gymnasium	ja	nein
<i>Sekundarstufe II</i>	<i>Schwerpunktsetzung</i>	
	<i>Wirtschaft</i>	<i>Politik</i>
Gymnasium/Gesamtschule	ja ³⁷	nein

Zusammenstellung nach den Informationen in MSB 2018b (Faktenblatt vom 18. November 2018).

Diese einseitige Einschränkung der Wahl- und Gestaltungsfreiheit zu Lasten der politischen Bildung betrifft alle Schulformen und alle Schulstufen Mit der Zielsetzung des Verfassungsauftrags aus Arti-

³⁵ CDU, FDP 2017, a. a. O., S. 10.

³⁶ Themenbereich Politik als Teil des Wahlpflichtfachs Sozialwissenschaften.

³⁷ Fach Sozialwissenschaften/Wirtschaft mit einem Wirtschaftsanteil von zwei Drittel.

kel 11 der Landesverfassung ist eine derart gravierende Benachteiligung der politischen Bildung auch im Wahlpflichtbereich wohl kaum vereinbar.

Die Gestaltungsfreiheit der Schulen und der Wahlfreiheit der Schülerinnen und Schüler im sozialwissenschaftlichen Feld der Wahlpflichtfächer muss dringend gewährleistet werden. Auch muss der demokratischen Bildung im Wahlpflichtbereich eine angemessene Stellung eingeräumt werden. Dazu sind vor allem zwei bildungspolitische Maßnahmen erforderlich:

- Die Landesregierung führt bis zum Beginn des Schuljahres 2021/22 im Wahlpflichtbereich für alle Schulformen das Wahlpflichtfach Politik ein.
- Die Landesregierung richtet für die gymnasiale Oberstufe von Gymnasien und Gesamtschulen wird ab dem Schuljahr 2021/22 das Fach Sozialwissenschaften/Politik ein, das den Lernenden als Alternative zu Sozialwissenschaften/Wirtschaft die Möglichkeit der Vertiefung politischer Themen bietet.

7. Angebot fachlicher Unterrichtsmaterialien und eines Materialpools

Im Vergleich zu anderen Unterrichtsfächern sind Lehrkräfte der sozialwissenschaftlichen Domäne bei der Unterrichtsvorbereitungen mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, die vor allem daraus resultieren, dass sich der Forschungsstand zu den einschlägigen Unterrichtsthemen in kurzen Zyklen weiterentwickelt und fortlaufend neue politische, soziale und ökonomische Problemlagen aufkommen, mit denen sich die Lernenden auseinandersetzen wollen oder müssen (Aktualitätsprinzip). Jüngere empirische Analysen zeigen, dass Schulbücher sowie extern und meist online angebotene Unterrichtsmaterialien diesen Anforderungen nur bedingt genügen.³⁸

Vor allem aus Gründen des einfachen Zugangs, der Anpassbarkeit und insbesondere der Aktualität nutzen die Lehrkräfte sozialwissenschaftlicher Fächer verstärkt kostenlose Materialien aus dem Internet und greifen damit auf ein extrem großes und unübersichtliches Angebot ohne jegliche Qualitätskontrolle zurück.³⁹ Dies stellt nicht nur die Lehrkräfte vor große Probleme, die für diejenigen, die für die politische Bildung und den sozialwissenschaftlichen Unterricht fachlich nicht qualifiziert sind, nahezu unlösbar sind. Abgesehen vom Gymnasium ist jedoch der fachfremd erteilte Unterricht der Regelfall, der Einsatz von fachlich einschlägig qualifizierten Lehrkräften eher die Ausnahme.

- Angesichts dieser prekären Bedingungen für eine angemessene und anspruchsvolle Unterrichtsvorbereitung und -durchführung, die den Anforderungen von Wissenschaftlichkeit, Kontroversität und Aktualität in den sozialwissenschaftlichen Fächern genügt, ist die Forderung nach der Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien durch QUALiS auch aus wissenschaftlicher Sicht sehr sinnvoll.
- Dabei muss die Einbindung sozialwissenschaftlicher und fachdidaktischer Expertise aus den lehrerausbildenden Universitäten gewährleistet werden, um eine angemessene Fachlichkeit der Materialien zu sichern.

³⁸ Hedtke, Reinhold; Kahle, Patrick; Middelschulte, Henning; Sack, Detlef (2019): Kontroversität und Wissenschaftlichkeit in Materialien und Vorgaben für die sozioökonomische Bildung (KoWiMa). Unter Mitarbeit von Johanna Heimann. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung.

³⁹ Neumann, Dominik 2015: Bildungsmedien online. Kostenloses Lehrmaterial aus dem Internet: Marktsichtung und empirische Nutzungsanalyse. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt.

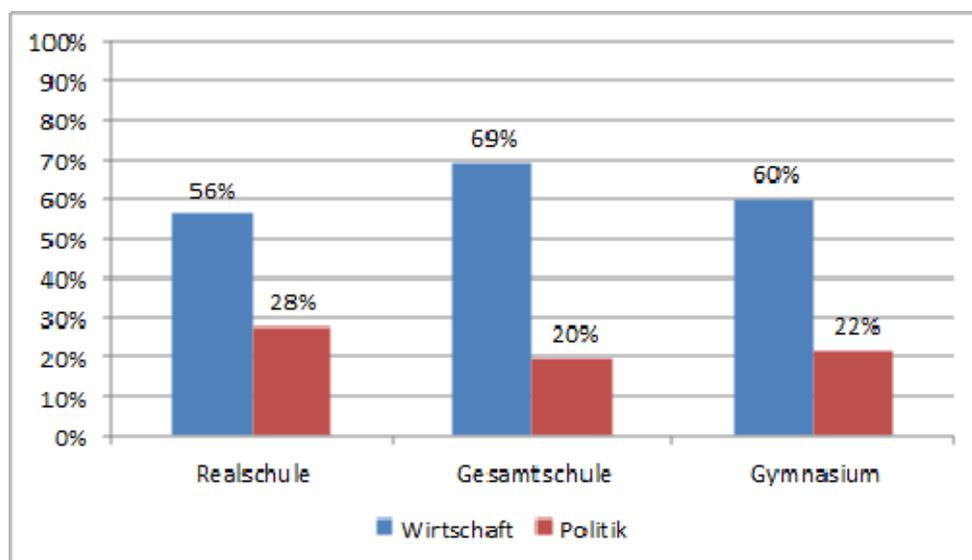
8. Daten zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen

Zwei Studien der Universität Bielefeld haben die Datengrundlage für evidenzbasierte Entscheidungen der Bildungspolitik für die Gruppe der sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächer empirisch erhoben. Sie analysieren die obligatorischen Vorgaben des Gesetzgebers für die Arbeit an den Schulen und nehmen mit Kernlehrplänen und ministeriellen Erlassen die zentralen Instrumente der Bildungspolitik in den Blick, mit denen sich Unterrichtsinhalte beeinflussen lassen.⁴⁰ Die Befunde über Lehrpläne und Erlasse sind also bildungspolitisch unmittelbar handlungsrelevant. Das gilt insbesondere mit Blick auf die aktuelle Situation der Einführung eines Separatfaches Wirtschaft an allen Schulformen und neuer Kernlehrpläne.

Kernlehrpläne und Erlasse sind übliche bildungspolitische Instrumente, mit denen selbstverständlich auch die CDU-FDP-Regierung arbeitet, aktuell um die ökonomischen Lerninhalte gegenüber den politischen weiter auszubauen. Die Lehrpläne befinden sich bekanntlich derzeit im Verbändeanhörungsverfahren. Damit liefern unsere beiden Studien die empirische Evidenz für die Beurteilung der curricularen Situation der sozialwissenschaftlichen Fächer in der Sekundarstufe I.

Unsere Analysen erfassen die zentralen Schulformen Realschule, Gesamtschule und Gymnasium und damit 80,6 Prozent der Lernenden der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen.⁴¹ Daten für diese drei Schulformen sind deshalb für sachgerechte bildungspolitische Entscheidungen höchst relevant, weil sie die große Mehrheit der Lernenden dieser Schulstufe betreffen.

Abb. 4:
Obligatorische Lernzeiten für Wirtschaft und Politik im sozialwissenschaftlichen Lernbereich (in Prozent der Gesamtlernzeit)



Um die Schwellenwerte der Hypothesenprüfung gekürzt aus Gökbudak/Hedtke 2018, S. 17. Die Restanteile entfallen jeweils auf den Themenbereich Gesellschaft.

⁴⁰ Gökbudak/Hedtke 2017, a. a. O. Gökbudak/Hedtke 2018, a. a. O.

⁴¹ Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2017/18, Düsseldorf, S. 23.

Die Analyse der in Kernlehrplänen und ministeriellen Erlassen für NRW festgelegten obligatorischen Lerninhalte (unterrichtliches, außerunterrichtliches und außerschulisches Lernen) an Realschule, Gesamtschule und Gymnasium ergibt einen eindeutigen empirischen Befund: für den Themenbereich Wirtschaft steht bereits heute ein Mehrfaches an Lernzeit zur Verfügung wie für den Themenbereich Politik (vgl. Abb. 4).

Würde man die zahlreichen und vielfältigen freiwilligen Aktivitäten der Schulen zum ökonomischen Lernen hinzurechnen, ergäbe sich ein noch größeres Übergewicht von Wirtschaft gegenüber Politik. Das belegen beispielsweise auch die Partnerschaften zwischen Schule und Betrieben, die die große Mehrheit der Hauptschulen, Gesamtschulen, Gymnasien und Realschulen pflegen.⁴² Für die politische Bildung an den Schulen gibt es keine vergleichbaren Kooperationen in diesem Umfang.

Fazit: Die empirische Analyse der obligatorischen Vorgaben für den Fachunterricht und für außerunterrichtliche Maßnahmen belegt zweifelsfrei ein erhebliches Übergewicht der Lernzeit für die ökonomische Bildung gegenüber der politischen Bildung in der Sekundarstufe I.

Schon heute investiert die Landesregierung in Form von Kernlehrplänen, außerunterrichtlichen und außerschulischen Pflichtveranstaltungen sowie in der Lehrerbildung wesentlich mehr an zeitlichen und personellen Ressourcen in die ökonomische als in die politische Bildung. Diese Ungleichheit zu Lasten der politischen Bildung wird sich durch die Einführung des Schulfaches Wirtschaft und die neuen Kernlehrpläne weiter verschärfen.

Diese Politik des massiven Ausbaus ökonomischer Bildung in Nordrhein-Westfalen kann sich weder auf wissenschaftliche Evidenz noch auf bildungspolitische Begründungen stützen.

Es fehlen wissenschaftliche Untersuchungen zur Relevanz ökonomischen Wissens im Vergleich zu politischem und gesellschaftlichem, zum Vergleich des Niveaus von ökonomischem, politischem und gesellschaftlichem Wissen, zu den Folgen der Einrichtung eines Separatfaches Wirtschaft auf das ökonomische, politische und gesellschaftliche Wissen sowie auf die Bildung in den Restfächern, die übrig bleiben, wenn man die ökonomischen Inhalte aus den üblichen sozialwissenschaftlichen Fächern herauszieht.

Wissenschaftlich ist auch nichts darüber bekannt, ob die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens insgesamt, die Schülerinnen und Schüler oder die Eltern mehrheitlich hinter der extremen politischen Privilegierung des ökonomischen Lernens stehen; ihre Verbände jedenfalls sind ganz überwiegend und mit Nachdruck dagegen.

Dennoch plant die Landesregierung die Einführung eines Separatfaches Wirtschaft und vergrößert damit den Abstand zur politischen Bildung zugunsten des ökonomischen Lernens.

Erweiterung der Befunde für Hauptschule und Sekundarschule

Unsere Befunde gelten im Kern auch für weitere Schulformen der Sekundarstufe I. Fügt man Hauptschule und Sekundarschule hinzu, diese 7,3 bzw. 5,9 Prozent der Lernenden besuchen, treffen unsere Befunde definitiv auf 93,8 Prozent der Lernenden zu. Durch die Einbeziehung dieser beiden Schulformen in die Analyse, verschlechtert sich der Befund zur politischen Bildung in NRW noch weiter.

⁴² Vgl. z. B. Univention Institut für Evaluation 2010: Ergebnisberichterstattung für die Online-Befragung von Schulen in NRW des Projekts ‚Wir wollen: Wirtschaft für Schule in NRW‘. Köln, S. 10.

Denn an der Hauptschule und der Sekundarschule ist die curriculare und personelle Lage der politischen Bildung sehr negativ. Für die sozialwissenschaftliche Domäne der Sekundarschule gelten dieselben Lehrpläne wie für die Gesamtschule. Auch der einschlägige Teil der Stundentafel der integrierten bzw. teilintegrierten Form der Sekundarschule stimmt mit der Gesamtschule überein. Insofern können unsere Befunde für die Gesamtschule auf die Sekundarschule übertragen werden.

Im Lehrplan für das Fach Geschichte/Politik an der Hauptschule ist der Anteil politischer Themen noch geringer als in den drei untersuchten Schulformen, auf sie entfallen nur zwei von zwölf Inhaltsfeldern.⁴³ Wirtschaft dominiert stark gegenüber Politik, das Schulfach Wirtschaft ist mit 4 bzw. 3 Wochenstunden an der Hauptschule bzw. der Sekundarschule zu unterrichten.

Der Anteil fachfremden Politikunterrichts erreicht an diesen beiden kleinen Schulformen noch weit schlechtere Werte als an den drei anderen: an der Hauptschule beträgt er 85,8 Prozent, an der Sekundarschule 79,6 Prozent.⁴⁴

Situation politischer Bildung an beruflichen Schulen

Im beruflichen Schulsystem der Sekundarstufe II ist die Lage der politischen Bildung noch defizitärer als an den allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I.⁴⁵ Zugleich ist die Datenlage in Teilen mangelhaft, was eine evidenzbasierte Bildungspolitik erschwert oder verhindert. Deshalb ist die Herstellung einer verlässlichen Datenbasis als Grundlage für wirksame Maßnahmen dringend erforderlich:

- Die Landesregierung soll die Situation der politischen Bildung an Berufskollegs schuljährlich erfassen und in der Statistik „Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht“ dokumentieren und dort insbesondere den fachfremd erteilten Unterricht nach Schulformen und Fächern differenziert ausweisen.

⁴³ Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2011: Gesellschaftslehre. Erdkunde, Geschichte/Politik. Kernlehrplan für die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf, S. 41-43.

⁴⁴ Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2017/18, Düsseldorf, S. 128f.

⁴⁵ Besand, Anja 2014: Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Schwalbach/Ts.: Wochenschau. Pukas, Dietrich 2014: BESAND, Anja: Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Rezension. In: bwp@ 2014. Online verfügbar unter: http://www.bwpat.de/rezensionen/rezension_13-2014_besand.pdf (Zugriff: 20. Januar 2020). Zurstrassen, Bettina 2017: Mündigkeit in der Arbeitswelt - Politisches Lernen in der beruflichen Bildung, In: Greco, Sarah A.; Lange, Dirk (Hg.), Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 139-152, hier S. 144-147.

Literatur und Quellen

Abs, Hermann Josef/Hahn-Laudenberg, Katrin (Hg.) 2017: Das politische Mindset von 14-Jährigen. Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Münster: Waxmann.

APO SI NRW 2017 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2017: Verordnung über die Ausbildung und die Abschlussprüfungen in der Sekundarstufe I (Ausbildungs- und Prüfungsordnung Sekundarstufe I – APO-S I) Vom 2. November 2012 geändert durch Verordnung vom 21. März 2017 (SGV. NRW. 223) mit BASS 13-21 Nr. 1.1. Online verfügbar unter https://www.schulministerium.nrw.de/docs/Recht/Schulrecht/APOen/HS-RS-GE-GY-SekI/APO_SI.pdf (Zugriff: 4. März 2019).

Balzter, Nadine; Ristau, Yan; Schröder, Achim 2014: Wie politische Bildung wirkt. Wirkungsstudie zur biographischen Nachhaltigkeit politischer Jugendbildung. Schwalbach/Ts.; Wochenschau.

Besand, Anja 2014: Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Schwalbach/Ts.: Wochenschau.

Biesta, Gert 2011: The Ignorant Citizen. Mouffe, Rancière, and the Subject of Democratic Education. In: Studies in Philosophy and Education, 30. Jg. 2011, H. 2, S. 141-153.

Budde, Jürgen; Hummrich, Merle 2016: Die Bedeutung außerschulischer Lernorte im Kontext der Schule - eine erziehungswissenschaftliche Perspektive. In: Jan Erhorn und Jürgen Schwier (Hg.): Pädagogik außerschulischer Lernorte. Eine interdisziplinäre Annäherung. Bielefeld: transcript, S. 29–52.

CDU, FDP 2017: Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen 2017-2022. NRWKoalition. Düsseldorf.

CDU-Fraktion, FDP-Fraktion 2019: Entschließungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/4441 – „Mehr Demokratie wagen – Stärkung der Demokratiekompetenz in der Schule als Garant für eine demokratische Gesellschaft“. Landtag Nordrhein-Westfalen, Drucksache 17/4798 vom 15.1.2019.

Detjen, Joachim 2015: Bildungsaufgabe und Schulfach. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), Dossier Politische Bildung. Online verfügbar unter <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/politische-bildung/193595/bildungsaufgabe-und-schulfach?p=all> (Zugriff: 15. Januar 2020).

Elsässer, Lea; Hense, Svenja; Schäfer, Armin 2016: Systematisch verzerrte Entscheidungen? Die Responsivität der deutschen Politik von 1998 bis 2015. Endbericht zum Forschungsprojekt. Osnabrück: Universität Osnabrück.

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold 2017: 17 Minuten Politik, 20 Sekunden Redezeit. Daten zum Politikunterricht in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers, 6). Bielefeld: Universität Bielefeld.

Gökbudak, Mahir; Hedtke, Reinhold 2018: Wirtschaft gut – Politik mangelhaft. Ökonomische und politische Bildung in der Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen (Didaktik der Sozialwissenschaften, Working Papers, 8). Bielefeld: Universität Bielefeld.

Goll, Thomas 2017: Rechtliches Lernen. In: Lange, Dirk; Reinhardt, Volker (Hg.): Basiswissen politische Bildung Bd. 1: Konzeptionen, Strategien und Inhaltsfelder politischer Bildung. Baltmannsweiler: Schneider Verlag Hohengehren 2017, S. 587-596.

Goll, Thomas 2018: Gemeinsam stärker? Über schulische Rahmenbedingungen, empirische Befunde und Chancen von Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. In: Transferstelle politische Bildung (Hg.): Gemeinsam stärker!? Kooperationen zwischen außerschulischer politischer Bildung und Schule. Jahresthema 2017 der Transferstelle politische Bildung. Essen 2018, S. 47-51.

Hedtke, Reinhold 2018: Das Sozioökonomische Curriculum. Frankfurt am Main: Wochenschau.

Hedtke, Reinhold 2019: Wirtschaft gestalten lernen: Partizipatorisches Potenzial oder pädagogisches Placebo? In: Politisches Lernen, 37 (2019) 1-2, 4-14

Hedtke, Reinhold; Kahle, Patrick; Middelschulte, Henning; Sack, Detlef 2019: Kontroversität und Wissenschaftlichkeit in Materialien und Vorgaben für die sozioökonomische Bildung (KoWiMa). Unter Mitar-

beit von Johanna Heimann. Hg. v. Till van Treeck und Janina Urban. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung. (Neues ökonomisches Denken, 16).

Hessische Lehrkräfteakademie 2019: Lehrerausbildung, Erste Staatsprüfung. Online verfügbar unter <https://lehrkraefteakademie.hessen.de/lehrausbildung/erste-staatspruefung> (Zugriff 15. Januar 2020).

Jennings, M. Kent/Stoker, Laura/Bowers, Jake 2009: Politics across Generations. Family Transmission Reexamined. In: The Journal of Politics, 71. Jg. 2009, H. 3, S. 782–799.

Kroh, Martin 2019. Unequal Political Voice and Family Background. Erscheint in British Journal of Sociology.

Kroh, Martin; Könnecke, Christian 2013. Arm, arbeitslos und politisch inaktiv? In: DIW Wochenbericht 80 (42), 3-15.

Merkel, Wolfgang/Petring, Alexander 2012: Politische Partizipation und demokratische Inklusion. In: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand, Herausforderungen, Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS, S. 93–120.

MSW 2010 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2010: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2009/10, Düsseldorf.

MSW 2011 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2011: Gesellschaftslehre. Erdkunde, Geschichte/Politik. Kernlehrplan für die Hauptschule in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

MSW 2013 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2013): Berufs- und Studienorientierung RdErl. d. Ministeriums für Schule und Weiterbildung v. 21. 10. 2010 (ABl. NRW. S. 576). Bereinigt. Eingearbeitet: RdErl. v. 30. 4. 2012 (ABl. NRW. S. 326) BASS 12 – 21 Nr. 1. Online verfügbar unter: http://www.berufsorientierung-nrw.de/cms/upload/pdf/RdErl_BO_April2013.pdf (Zugriff: 15. Januar 2020).

MSW 2017 = Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2017: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2016/17. Düsseldorf

MSB 2018a = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2017/18, Düsseldorf.

MSB 2018b = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2018: Faktenblatt Schulfach Wirtschaft kommt 2020/21. 26. November 2018. Düsseldorf.

MSB 2019 = Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen 2019: Bildungsportal des Landes Nordrhein-Westfalen. Fragen und Antworten zum Lehramtsstudium nach dem Lehrerausbildungsgesetz vom 12. Mai 2009 – zuletzt geändert durch Gesetz von 2016 – und der Lehramtszugangsverordnung vom 25. April 2016. Wie sind die Studiengänge im Lehramtsstudium aufgebaut? Ausbildungsschwerpunkte und Verteilung der Leistungspunkte im Lehramtsstudium. Online verfügbar unter https://www.schulministerium.nrw.de/docs/bp/Lehrer/Lehrkraft-werden/Lehramtsstudium/FAQStudium/FAQ-Lehramtsstudium_2016/FAQ05-LAStudium_2016/Uebersicht_Schwerpunkte.pdf (Zugriff: 15. Januar 2020).

Neumann, Dominik 2015: Bildungsmedien online. Kostenloses Lehrmaterial aus dem Internet: Markt-sichtung und empirische Nutzungsanalyse. Bad Heilbrunn: Verlag Julius Klinkhardt.

Pukas, Dietrich 2014: BESAND, Anja: Monitor Politische Bildung an beruflichen Schulen. Probleme und Perspektiven. Rezension. In: bwp@ 2014. Online verfügbar unter: http://www.bwpat.de/rezensionen/rezension_13-2014_besand.pdf (Zugriff: 20. Januar 2020).

Rippl, Susanne; Seipel, Christian; Kindervater, Angela 2015: Politische Sozialisation. In: Sonja Zmerli und Ofer Feldman (Hg.): Politische Psychologie. Handbuch für Studium und Wissenschaft. Baden-Baden: Nomos, S. 69–84.

Sampermans, Marien; Isac, Maria Magdalena; Claes, Ellen 2018: Can Schools Engage Students? Multiple Perspectives, Multidimensional School Climate Research in England and Ireland. In: Journal of Social Science Education, Jg. 17 2018, H. 1, S. 13-28.

Sander, Wolfgang 2010: Soziale Studien 2.0? Politische Bildung im Fächerverbund. In: Juchler, Ingo (Hg.): Kompetenzen in der politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, S. 29-45.

Solhaug, Trond 2018: Democratic Schools – Analytical Perspectives. In: Journal of Social Science Education, Jg. 17 2018, H. 1, S. 1-12.

Thalhammer, Veronika; Schmidt-Hertha, Bernhard 2018: Bildungsforschung zum informellen Lernen. In: Rudolf Tippelt und Bernhard Schmidt-Hertha (Hg.): Handbuch Bildungsforschung. 4. Aufl. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 947–966.

Univation Institut für Evaluation 2010: Ergebnisberichterstattung für die Online-Befragung von Schulen in NRW des Projekts ‚Wir wollen: Wirtschaft für Schule in NRW‘. Köln.

Young, Michael 2008: From Constructivism to Realism in the Sociology of the Curriculum. In: Review of Research in Education, Jg. 32 2008, H.1, S. 1–28.

Young, Michael; Muller, Johan 2013: On the powers of powerful knowledge. In: Review of Education, Jg. 1 2013, H. 3, S. 229–250.

Zurstrassen, Bettina 2017: Mündigkeit in der Arbeitswelt - Politisches Lernen in der beruflichen Bildung, In: Greco, Sarah A.; Lange, Dirk (Hg.), Emanzipation. Zum Konzept der Mündigkeit in der Politischen Bildung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau: 139-152.

Didaktik der Sozialwissenschaften

Social Science Education

Policy Papers

ISSN 2364-771X

Herausgeber / Editors:

Prof. Dr. Reinhold Hedtke

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen

Die Policy Papers Didaktik der Sozialwissenschaften nehmen Stellung zu wissenschafts-, disziplin- und bildungspolitischen Fragen und bieten ein Forum für Debatten und Diskussionen. Social Science Education

Policy Papers comment on issues of science, disciplinary and education policy and are intended to provide a forum for debate and discussion.

Universität Bielefeld / Bielefeld University
Fakultät für Soziologie / Faculty of Sociology
Postfach / Postbox 100 131
33501 Bielefeld
Germany

Homepage

<https://www.uni-bielefeld.de/soz/ab9/>

e-Mail

reinhold.hedtke[at]uni-bielefeld.de

bettina.zustrassen[at]uni-bielefeld.de

Sekretariat / office: Tel. +49 (0)521-106-3985

Bielefeld 2020

© Copyright by the author(s)